

## **Satzung des Vereins „Freunde der Musikschule der Stadt Ulm e.V.“**

### **§ 1 Name und Sitz des Vereins**

1. Der Verein führt den Namen „Freunde der Musikschule der Stadt Ulm e.V.“
2. Der Verein hat seinen Sitz in Ulm.
3. Der Verein soll in das Vereinsregister eingetragen werden; nach Eintragung führt er den Zusatz „e. V.“.

### **§ 2 Zweck des Vereins**

1. Zweck des Vereins ist die finanzielle und ideelle Förderung der Musikschule der Stadt Ulm.
2. Zu den Aufgaben des Vereins gehören insbesondere die Beschaffung von Mitteln für:
  - a) die Förderung der musikalischen Ausbildung, von Veranstaltungen und sonstigen Aktivitäten der Musikschule.
  - b) die Bereitstellung von Mitteln zum\*Erwerb von Musikinstrumenten, Noten und anderen Medien,
  - c) die Werbung für die Musikschule und deren Nutzung im weitesten Sinn mittels Publikationen, Ausstellungen und kulturellen Veranstaltungen.
3. Mittel des Vereins dürfen nur für den satzungsgemäßen Zweck verwendet werden. Die Mitglieder erhalten keine Gewinnanteile und in ihrer Eigenschaft als Mitglieder auch keine sonstigen Zuwendungen aus Mitteln des Vereins. Sie erhalten bei ihrem Ausscheiden oder bei Auflösung des Vereins für ihre Mitgliedschaft keinerlei Entschädigung. Es darf keine Person durch Ausgaben, die dem Zweck des Vereins fremd sind, oder durch unverhältnismäßig hohe Vergütung begünstigt werden. Der Verein ist selbstlos tätig; er verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke.

### **§ 3 Steuerbegünstigung**

Der Verein verfolgt ausschließlich gemeinnützige Zwecke i. S. des Abschnitts „Steuerbegünstigte Zwecke“ der Abgabenordnung (§§ 51 ff. AO). Er ist Förderverein i. S. von § 58 Nr. 1 AO, der seine Mittel ausschließlich zur Förderung des steuerbegünstigten Zwecks der Musikschule der Stadt Ulm verwendet.

### **§ 4 Erwerb der Mitgliedschaft**

1. Mitglieder des Vereins können natürliche und juristische Personen sowie sonstige Vereinigungen, wie Gesellschaften oder Firmen – gleichviel in welcher Rechtsform sie organisiert sind – sein.
2. Die Aufnahme in den Verein wird beantragt durch Übersendung einer schriftlichen Beitrittserklärung an den Vorstand, über deren Annahme der Vorstand entscheidet.
3. Gegen einen etwaigen Ablehnungsbeschluss des Vorstands kann innerhalb eines Monats Beschwerde eingelegt werden, über die die Mitgliederversammlung entscheidet.

## **§ 5 Beendigung der Mitgliedschaft**

1. Die Mitgliedschaft endet:
  - a) mit dem Tod des Mitglieds,
  - b) durch freiwilligen Austritt,
  - c) durch Ausschluss aus dem Verein.
2. Der freiwillige Austritt erfolgt durch schriftliche Erklärung gegenüber dem Vorstand. Er ist nur zum Ende des Kalenderjahres unter Einhaltung einer Kündigungsfrist von 3 Monaten zulässig.
3. Ein Mitglied kann, wenn es gegen die Vereinsinteressen gröblich verstoßen hat, durch Beschluss des Vorstands aus dem Verein ausgeschlossen werden. Das Mitglied ist vor Beschlussfassung zu den Gründen des Ausschlusses zu hören. Gegen den Ausschlussbeschluss des Vorstands steht dem Mitglied das Recht der Berufung an die Mitgliederversammlung zu.

## **§ 6 Mitgliedsbeiträge**

1. Von den ordentlichen Mitgliedern i. S. d. § 4 Abs.1 werden jährliche Beiträge erhoben. Die Höhe des Jahresbeitrages und dessen Fälligkeit werden jeweils von der Mitgliederversammlung festgelegt.
2. Der Vorstand ist berechtigt, in besonderen Fällen den Beitrag zu ermäßigen, zu stunden oder zu erlassen.

## **§ 7 Organe des Vereins**

Organe des Vereins sind:

- a) der Vorstand
- b) der Beirat.
- c) die Mitgliederversammlung

## **§ 8 Vorstand**

1. Der Vorstand des Vereins besteht aus dem Vereinsvorsitzenden, zwei Stellvertretern sowie zwei weiteren Vorstandsmitgliedern, dem Schatzmeister und dem Schriftführer.
2. Der Verein wird gerichtlich und außergerichtlich durch den Vorsitzenden und jeweils einen Stellvertreter gemeinsam vertreten.
3. Der Vorstand wird von der Mitgliederversammlung auf die Dauer von zwei Jahren, vom Tage der Wahl an gerechnet, gewählt; er bleibt bis zur Neuwahl des Vorstands im Amt. Wiederwahl der Vorstandsmitglieder ist zulässig.

Der Gründungsvorstand wird auf die Dauer von einem Jahr gewählt.

4. Der Vorstand fasst seine Beschlüsse im allgemeinen in Vorstandssitzungen, die vom Vorsitzenden, bei dessen Verhinderung vom ersten oder zweiten stellvertretenden Vorsitzenden, einberufen werden. Der Vorstand ist beschlussfähig, wenn mehr als die Hälfte der jeweiligen Vorstandsmitglieder anwesend sind. Bei der Beschlussfassung entscheidet die Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen. Bei Stimmgleichheit entscheidet die Stimme des Leiters der Vorstandssitzung.

Ein Vorstandsbeschluss kann auf schriftlichem Wege gefasst werden, wenn alle Vorstandsmitglieder ihre Zustimmung zu der zu beschließenden Regelung erklären.

5. **Zuständigkeit:**

Der Vorstand ist für alle Angelegenheiten des Vereins zuständig, soweit sie nicht durch die Satzung einem anderen Vereinsorgan zugewiesen sind. Er hat insbesondere folgende Aufgaben:

- a) Vorbereitung der Mitgliederversammlungen und Aufstellung der Tagesordnungen;
- b) Einberufung der Mitgliederversammlung;
- c) Ausführung der Beschlüsse der Mitgliederversammlung;
- d) Aufstellung eines Haushaltsplans und einer Jahresrechnung für jedes Geschäftsjahr; Buchführung; Erstellung eines Jahresberichts;
- e) Beschlussfassung über Aufnahme und Ausschluss von Mitgliedern;
- f) Abschluss von Rechtsgeschäften aller Art.

Der Vorstand führt die laufenden Vereinsgeschäfte unter Beachtung der Richtlinien und Weisungen der Mitgliederversammlung.

**§ 9 Beirat**

1. Zur Beratung des Vorstandes wird ein Beirat gebildet, der zu den Vorstandssitzungen eingeladen werden kann.
2. Dem Beirat gehören als ständige Mitglieder an:
  - der Oberbürgermeister der Stadt Ulm oder dessen Vertreter,
  - der Leiter der Musikschule der Stadt Ulm.

Bis zu 6 weitere Beiräte werden von der Mitgliederversammlung aus deren Mitte für die Dauer von jeweils zwei Jahren gewählt. Bei der Wahl der Beiratsmitglieder soll auch ein Vertreter des Elternbeirats der Musikschule Berücksichtigung finden.

Ein Mitglied des Vorstands kann nicht gleichzeitig Mitglied des Beirats sein.

3. Der Beirat wählt aus seiner Mitte den Beiratsvorsitzenden sowie einen Stellvertreter.

Der Beirat wird von dessen Vorsitzenden oder Stellvertreter schriftlich unter Angabe der Tagesordnung mit einer Frist von mindestens zwei Wochen zu den Sitzungen einberufen. Mindestens einmal im Jahr muss eine Sitzung des Beirats stattfinden. Der Beirat muss einberufen werden, wenn mindestens die Hälfte der Beiratsmitglieder die Einberufung verlangen.
4. Der Beirat bildet seine Meinung durch Beschlussfassung. Bei Beschlussfassung entscheidet die Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen. Bei Stimmengleichheit entscheidet die Stimme des Leiters der Beiratssitzung.

**§ 10 Mitgliederversammlung**

1. Die Mitgliederversammlung ist das oberste Organ des Vereins.
2. Die Mitgliederversammlung ist mindestens einmal jährlich vom Vorstand einzuberufen.

Die Einladung ist allen Mitgliedern schriftlich unter Angabe der Tagesordnung mindestens zwei Wochen vor dem Tage der Versammlung zu übersenden. In Eilfällen kann die Ladungsfrist auf fünf Tage verkürzt werden.

Der Vorstand muss die Mitgliederversammlung einberufen, wenn es mindestens ein Fünftel der ordentlichen Vereinsmitglieder verlangen.

3. Die Mitgliederversammlung wird vom Vereinsvorsitzenden, bei dessen Verhinderung vom ersten bzw. zweiten stellvertretenden Vorsitzenden geleitet.
4. Jedem Mitglied steht in der Mitgliederversammlung nur eine Stimme zu. Das gilt auch für Mitglieder, die nicht natürliche Personen sind.

Das Stimmrecht in der Mitgliederversammlung kann auch durch einen mit schriftlicher Vollmacht versehenen Vertreter ausgeübt werden.

5. Die Mitgliederversammlung ist ohne Rücksicht auf die Zahl der erschienen Mitglieder beschlussfähig. Soweit nichts anderes bestimmt ist, entscheidet sie grundsätzlich mit einfacher Stimmenmehrheit.
6. Über jede Mitgliederversammlung ist eine Niederschrift zu fertigen, die vom Versammlungsleiter und vom Schriftführer zu unterzeichnen ist.
7. Die Mitgliederversammlung ist für folgende Angelegenheiten zuständig:
  - a) Genehmigung des vom Vorstand aufgestellten Haushaltsplans für das nächste Geschäftsjahr; Feststellung der Jahresrechnung, Entgegennahme des Jahresberichts des Vorstands, Entlastung des Vorstands;
  - b) Festsetzung der Höhe und der Fälligkeit des Jahresbeitrags, Beschlussfassung über die Verwendung der eingegangenen oder zugesagten Spenden Dritter;
  - c) Wahl und Abberufung der Mitglieder des Vorstands und der zu wählenden Beiratsmitglieder;
  - d) Beschlussfassung über die Änderung der Satzung und über die Auflösung des Vereins;
  - e) Beschlussfassung über die Berufung gegen einen Ausschließungsbeschluss des Vorstands;
  - f) Entscheidung über an die Mitgliederversammlung gerichtete Anträge;

In Angelegenheiten, die in den Zuständigkeitsbereich des Vorstands fallen, kann die Mitgliederversammlung Empfehlungen an den Vorstand beschließen. Der Vorstand kann seinerseits in Angelegenheiten seines Zuständigkeitsbereichs die Stellungnahme der Mitgliederversammlung einholen.

## **§ 11 Haushalts-, Kassen- und Rechnungswesen**

1. Die Arbeit des Vereins wird insbesondere durch Mitgliedsbeiträge und freiwillige Zuwendungen (Spenden) finanziert.
2. Die Mitgliederversammlung vom Vorstand vorzulegende Jahresrechnung ist zuvor von zwei von der Mitgliederversammlung zu wählenden Rechnungsprüfern zu prüfen. Der diesbezügliche Prüfungsbericht ist der Mitgliederversammlung zur Entlastung des Vorstands vorzulegen.
3. Geschäftsjahr des Vereins ist das Kalenderjahr.

## **§ 12 Auflösung des Vereins**

1. Die Auflösung des Vereins kann nur in einer Mitgliederversammlung mit einer Mehrheit von drei Vierteln der erschienenen Mitglieder beschlossen werden.
2. Bei Auflösung der Vereins erfolgt die Liquidation durch die zum Zeitpunkt des Auflösungsbeschlusses amtierenden Vorstandsmitglieder.
3. Das Vermögen fällt bei Auflösung des Vereins, nach vorheriger Begleichung etwaiger Vereinsschulden oder bei Wegfall steuerbegünstigter Zwecke, uneingeschränkt an die Stadt Ulm, die es unmittelbar und ausschließlich für den in § 2 Abs. 1 genannten gemeinnützigen Zweck zu verwenden hat.
4. Die vorstehenden Vorschriften gelten entsprechend für den Fall, dass der Verein aus einem anderen Grund aufgelöst wird oder seine Rechtsfähigkeit verliert.

## **§ 13 Satzungsänderungen**

1. Zu einem Beschlusse, der eine Änderung der Satzung enthält, ist eine Mehrheit von drei Vierteln der erschienenen Mitglieder erforderlich.
2. Zur Änderung des Zwecks des Vereins ist die Zustimmung aller Mitglieder erforderlich; die Zustimmung der nicht erschienenen Mitglieder muss schriftlich erfolgen.